

E 2801/1968/84/33

[DoDiS-69]

Der Chef der schweizerischen Delegation für die Washingtoner Verhandlungen über ein Finanzabkommen mit den Alliierten, W. Stucki, an den Vorsteher des Politischen Departements, M. Petitpierre¹

S

Washington, 13. Mai 1946

Ich möchte den heutigen Kurier nicht abgehen lassen, ohne Ihnen noch schriftlich zu berichten, was hier in den letzten Wochen gegangen ist und ohne Ihnen von den zahlreichen Dokumenten das Wichtigste zuzustellen. Um den letzteren Punkt vorwegzunehmen, übermittle ich Ihnen beiliegend²:

1. Den französischen Text des uns von den Alliierten überreichten Vertragsentwurfs;
2. Einen schweizerischen Gegenentwurf (Variante I), der dem alliierten Entwurf nach Möglichkeit Rechnung trägt;
3. Einen schweizerischen selbständigen Gegenentwurf (Variante II), den ich aufgestellt habe, nachdem wir die Instruktion erhalten hatten, dass der ganze Vertrag in der Schweiz der parlamentarischen Ratifikation zu unterstellen ist. Dieser Entwurf trägt deshalb namentlich der zu gewärtigenden Auffassung der Bundesversammlung Rechnung.

Die Entwürfe 2 und 3 sind bis jetzt den Alliierten noch nicht überreicht worden.

4. Eine von uns verfasste Notiz über die Frage des sogenannten belgischen Goldes.

Die letzten Ereignisse möchte ich ganz kurz zusammenfassen:

Nach meiner Rückkehr aus Bern habe ich Herrn Paul brieflich mitgeteilt, der Bundesrat könne zwar weder mit Bezug auf die deutschen Guthaben noch mit Bezug auf das Gold irgend eine Verpflichtung zur Erfüllung der alliierten Ansprüche anerkennen. Er habe aber die schweizerische Delegation ermächtigt, den Alliierten im Sinne freiwilliger Leistungen zum Wiederaufbau Europas einerseits einen Teil des Liquidationserlöses der deutschen Guthaben und andererseits eine zu bestimmende Summe zur Erledigung der Goldfrage anzubieten. Mündlich und offiziös habe ich in den nächsten Tagen Staatssekretär Clayton gegenüber erklärt, wir könnten bis zu 45% des Erlöses der

1. M. Petitpierre hat diesen Bericht am 21. Mai 1946 gelesen.

2. Für die nachfolgend erwähnten Dokumente vgl. E 2801/1968/84/31.

deutschen Guthaben den Alliierten überlassen. Gegenüber Herrn Charguéraud sagte ich, wir rechneten in der Goldfrage mit einer Summe von 100 Millionen, eventuell mit einem Kredit in doppelter Höhe.

Diese beiden ziffernmässigen Erklärungen stiessen durchaus nicht etwa auf scharfe Ablehnung. Ganz im Gegenteil: Die Alliierten selber beantragten, mit der Redaktion des Vertrages zu beginnen, dementierten Gerüchte, wonach die Verhandlungen unbefriedigend vor sich gingen und legten den Entwurf zu einer gemeinsam der Presse zu übergebenden Erklärung vor, wonach sich die Verhandlungen in freundschaftlichem Geiste weiterentwickelten. Einige Tage später erhielt ich den Besuch des Herrn Charguéraud, der mir privat die Frage stellte, ob es nicht möglich wäre, dass die Schweiz Frankreich einen Kredit von etwa 1 Milliarde Schweizerfranken zu besonders günstigen Bedingungen gewähre. Es würde dies Frankreich ermöglichen, auf der einen Seite seinen Verpflichtungen gegenüber den andern Alliierten nachzukommen und auf der andern Seite aus der Differenz zwischen den besonders günstigen Vertragsbedingungen und normalen Kreditbedingungen eine Summe herauszuholen, die den Verlust auf dem belgischen Golde teilweise decken könnte. Ich antwortete sofort, dass ein derartiger Riesenkredit für die Schweiz unmöglich sei, worauf die Anregung fallen gelassen wurde. Aus ihr ergibt sich aber jedenfalls, dass Frankreich damals auch nicht im entferntesten daran denken konnte, über einen solchen Kredit mehr als etwa 150 Millionen herauszuholen.

In der Goldfrage haben wir durch Aufstellung eines «Questionnaire» versucht, eine Reihe noch unbeantworteter Fragen aufzuhellen. Die schroffe Antwort lautete dahin, wir sollten zuerst grundsätzlich anerkennen, alles «looted gold» zurückzugeben, erst dann würde man auf unsere Fragen antworten. Wir haben hierauf, gestützt auf die Angaben der Nationalbank, ein einlässliches und sehr ruhig gehaltenes Memorandum in der Goldfrage übergeben. Wir erhielten ein Memorandum, dessen Inhalt und Ton so scharf und unverschämt waren, dass verschiedene Mitglieder unserer Delegation sofort heimkehren wollten. Ich konnte beschwichtigen und legte den Entwurf zu einer Antwort vor. Meine Kollegen fanden ihn zu wenig scharf und ich habe dann teilweise wenigstens nachgegeben. In dieser Replik lehnten wir selbstverständlich die neuerdings an uns gerichtete Zumutung, «blanko» die Verpflichtung zur Rückgabe allen gestohlenen Goldes, ab. Es hätte dies u. a. bedeutet, dass sogar das Gold der österreichischen und der tschechischen Notenbank, das die Deutschen lange vor Kriegsausbruch übernommen hatten, als «looted» hätte angeschaut werden müssen. Der etwas scharfe Ton unserer Replik hat dann auf der andern Seite eine Verstimmung hervorgerufen, die aber in einer Delegationschefs-Besprechung ohne Mühe behoben werden konnte. Nebenbei gesagt, habe ich mich zu solchen Besprechungen nie allein begeben, sondern immer mit Herrn Professor Rappard.

Die Sache schien in bester Ordnung, als am 23. April eine neue Delegationschefs-Besprechung von Paul einberufen wurde. Entgegen der Übung waren auch Orvis Schmidt und ein Vertreter des State Department zugegen. Paul las eine Erklärung vor, die etwa folgendes besagte: Wir haben nun 6 Wochen hier verhandelt und es ist Zeit, dass so oder so ein Ende gemacht

wird. Wir sind alles Leute, die ihre Zeit nicht zu verlieren haben. Unter Ausschluss jeden Gedankens einer Markterei müssen die Alliierten verlangen,

1. 2/3 des Liquidationserlöses der deutschen Guthaben und
2. die Rückerstattung von gestohlenem Gold im Betrage von 130 Millionen Dollars.

Welche Haltung sollte diesen ebenso unerwarteten als unverschämten und absolut unmöglich zu erfüllenden Forderungen gegenüber eingenommen werden? Ich war und bin mehr noch als damals der bestimmtesten Überzeugung, dass das geringste Schwanken, dass jedes Zögern uns in eine verhängnisvolle Situation gebracht hätte. Ich bin absolut sicher, dass wir heute entweder längst abgebrochen hätten oder aber mit der Goldfrage auf einer Basis verhandeln würden, die mindestens 100–150 Millionen höher läge, als die heutige, und dass wir auch das 50:50 nicht durchgebracht hätten. Man muss die Mentalität der Amerikaner und namentlich der Treasury-Leute kennen, um zu verstehen, dass es auf jene Forderungen nur ein absolut bestimmtes und sofortiges «Undiskutierbar!» gab. Ich habe dies sofort erklärt und in ruhigem Tone begründet. Darauf sind von französischer und etwas auch von englischer Seite sehr aggressive Bemerkungen gefallen. Aber erst, nachdem Herr Charguéraud, mit dem ich noch kurz vorher über 100 Millionen sehr freundschaftlich gesprochen hatte, diese gleichen 100 Millionen in der Aufregung plötzlich als «insulte» bezeichnet hatte, bin ich aufgestanden mit der Erklärung, es sei wohl besser, die Diskussion abzubrechen. Herr Rappard und ich haben uns korrekt, aber kühl verabschiedet. Die Frage, ob die Verhandlungen als solche abgebrochen oder unterbrochen seien, wurde in keiner Weise berührt.

Ich habe hierauf die schweizerische Delegation sofort einberufen und orientiert. Meine Auffassung, dass die Summe von 130 Millionen Dollars niemals ernst gemeint sein könne, sondern nur ein Mittel bedeute, uns möglichst hoch hinaufzutreiben, wurde namentlich von den besten Kennern Amerikas, wie Straessle und Pfenninger, nicht geteilt. Namentlich Herr Straessle gab sehr bestimmt der Meinung Ausdruck, dass die Alliierten niemals tiefer gehen würden, als vielleicht 100 Millionen Dollars. Unter diesen Umständen war ich einen Moment lang mit der durchaus einstimmigen Delegation der Ansicht, die Verhandlungen könnten unmöglich zu einem Erfolg führen und seien, was die Delegation anbelange, abzubrechen. Eine Aussicht auf Überwindung der Krise könne nur noch auf diplomatischem Wege über die drei Regierungen gefunden werden. Ich telegraphierte Ihnen entsprechend und ersuchte Herrn Minister Bruggmann, sofort mit Staatssekretär Clayton Fühlung zu nehmen, ihm zu sagen, dass ja 100 Millionen nicht unser letztes Wort bedeuteten und dass er, Bruggmann, von sich aus etwa das Doppelte anregen könne. Lange vor Eintreffen Ihrer Nummer 254³ gab ich mir auch Rechenschaft und überzeugte die Delegation, dass wir die Verantwortung für einen Abbruch nicht übernehmen könnten, ohne unsere Instruktionen ausgeschöpft zu haben.

3. Es handelt sich um das am 25. April 1946 von M. Petitpierre an W. Stucki gerichtete Telegramm (Nr. 254). Darin bittet M. Petitpierre W. Stucki, die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern den Alliierten ein neues Angebot bis zu einer Maximalsumme von 250 Mio. Sfr. zu unterbreiten. Vgl. E 2801/1968/84/36.

Die seitherige Entwicklung ist Ihnen bekannt: Zu unserer grössten Überraschung hat die Gegenseite in keiner Weise an den 560 Millionen festgehalten, sondern die Anregung Bruggmann auf 200 Millionen sehr ernsthaft diskutiert, dann schliesslich als zu niedrig bezeichnet, worauf wir, nach eingehender Beratung, am 2. Mai auf das Maximum von 250 gegangen sind. Eine Antwort hierauf steht zur Stunde immer noch aus.

Über den Grund, der die Alliierten veranlasst haben mag, statt auf der Basis der von uns offerierten 100 Millionen weiter zu verhandeln, ganz plötzlich 560 Millionen zu verlangen, haben wir immer nur noch Vermutungen. Zunächst hat Martin mir des bestimmtesten erklärt, nicht nur er, sondern auch die Alliierten hätten schon einige Tage vor dem 23. April erfahren, dass wir auf 250 gehen könnten. Sodann steht fest, dass sich Präsident Weber von der Nationalbank einem Amerikaner namens Halperin⁴ gegenüber äusserst pessimistisch in der Goldfrage geäussert hat, was hier berichtet wurde. Sodann soll auch Herr Altbundesrat Pilet-Golaz erklärt haben, die Schweiz müsse für den Wiederaufbau Europas ausserordentlich grosse Opfer bringen, er hat von 2 Milliarden Franken gesprochen⁵. Unabgeklärt ist, ob er dabei hauptsächlich an unsere Verhandlungen oder mehr im allgemeinen an Kredite gedacht hat. Eine hierüber an ihn gerichtete Anfrage von Minister Bruggmann hat er bis jetzt nicht beantwortet.

Selbstverständlich ist gegen die schweizerische Delegation und namentlich gegen mich persönlich von den Treasury-Leuten wegen meiner Haltung am 23. April sofort ein wahres Trommelfeuer von Angriffen und Verleumdungen losgelassen worden. Leider scheint dies namentlich in gewissen Kreisen der Schweizerkolonie in New York nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Je weniger die Leute von den Dingen wissen und verstehen, desto lauter erklären sie überall, wie man es anders und besser hätte machen sollen. Dass es ferner immer Leute gibt, die innerhalb der Delegation und um sie herum momentan verstimmt sein können, weil sie mit Ansichten und Ratschlägen nicht durchgedrungen sind, ist ja selbstverständlich. All dies hat dann ja auch zu der gewissenlosen Berichterstattung des Herrn Martin in der «Tribune de Genève» geführt.

Als ich die schwere Mission übernahm, gab ich mir über die ungeheuren sachlichen Schwierigkeiten vollkommen Rechenschaft. Dass damit aber auch noch so unendlich viel Unerfreuliches persönlicher Natur verbunden sein werde, habe ich allerdings nicht erwartet. Ich möchte immerhin sofort beifügen, dass schon seit längerer Zeit wieder in der schweizerischen Delegation eine vollständige und erfreuliche Solidarität eingekehrt ist und namentlich, dass die Zusammenarbeit mit Herrn Minister Bruggmann unmöglich irgendwie hätte besser sein können.

4. Es handelt sich wahrscheinlich um den Schweizer Journalisten Ernest Halperin.

5. Siehe zu diesem Punkt die Protokolle der delegationsinternen Sitzungen in Washington, E 2801/1968/84/29.